



Beschluss

Mülheimer Erklärung vom 06.09.2008

NRW: Lust auf Erfolg!

I. Einleitung

1
2
3 Am 22. Mai 2005 endeten 39 Jahre sozialdemokratisch dominierter Regierungen in Nordrhein-
4 Westfalen. Diese Zäsur bedeutet für die CDU in NRW nicht nur einen großen politischen Erfolg. Es
5 markiert den Beginn der größten Herausforderung für alle Christdemokraten in unserem
6 Bundesland: Die Sanierung des Landes auf ordnungspolitischem Fundament und in sozialer
7 Verantwortung.

8
9 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU bildet dabei das Rückgrat der Union in
10 ihren wichtigsten Kompetenzfeldern: Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik. Eine gute Wirtschafts-
11 und Finanzpolitik sind Grundlage von Wohlstand und Aufschwung und damit der Ausgangspunkt
12 und Voraussetzung aller sozialen Errungenschaften.

13
14 Nach drei Jahren christdemokratisch geführter Regierung in Nordrhein-Westfalen zieht die
15 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung positive Bilanz. Viele Projekte, die wir seit vielen Jahren
16 und Jahrzehnten forderten sind umgesetzt worden oder stehen kurz vor ihrer Verwirklichung. Die
17 zwischen CDU und FDP vereinbarten Ziele der „Koalition der Mitte“ müssen aber komplett
18 umgesetzt und schon heute bis 2015 weiterentwickelt werden.

19
20 Umso wichtiger ist es, im Lichte des Erreichten die Ziele der kommenden Jahre zu beschreiben. Der
21 Standort Nordrhein-Westfalen ist im Aufwind und soll es bleiben. 10 Jahre nach dem Wechsel soll
22 NRW an der Spitze der Bundesländer stehen. Deswegen muss die CDU weiter die Regierung
23 führen. Bis 2015 wollen wir das Land wieder fit machen. Bis 2015 wollen wir NRW wieder zu dem
24 attraktivsten Standort in Deutschland formen.

25

II. Mittelstand und Industrie – Hand in Hand

26
27

28 Nordrhein-Westfalen ist vor allem durch seinen Mittelstand stark. Er ist Grundlage für die in NRW
29 produzierenden und strategisch beheimateten industriellen Konzerne. Mittelstand in NRW ist und
30 wird immer häufiger selbst zunehmend "global player". Deshalb ist Nordrhein-Westfalen der

31 Industriestandort in Deutschland. Auch die durch CDU und CSU-Politik erfolgreichen
32 Bundesländer im Süden verfügen nicht über eine solche geballte Wirtschaftskraft mit globalen
33 Marktführern in vielen unterschiedlichen Branchen und Industriezweigen.

34
35 Beide Standbeine NRWs im Wettbewerb - Mittelstand und Industrie - müssen für die Politik der
36 CDU maßgeblich sein. Dabei sind Investitionen in die Infrastruktur und eine immer stärker
37 gestaltende Wirtschaftspolitik die Hauptmerkmale dieser Politik. Mit dem Ausstieg aus der
38 Steinkohlesubventionierung bis Ende 2014 wurde eine der Kernforderungen der Mittelstands- und
39 Wirtschaftsvereinigung erfüllt. Damit werden Milliardenmittel im Landeshaushalt frei, die für den
40 Schuldenabbau und eine gestaltende Wirtschafts- und Strukturpolitik genutzt werden können.

41 42 **III. Den Menschen das Land zurückgeben – Privat vor Staat!**

43
44 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU lehnt Tendenzen zu mehr staatlicher
45 Einflussnahme ab. Wir wollen den Staat auf seine eigentliche Kernaufgabe zurückdrängen und den
46 Menschen wieder als eigenverantwortliches Individuum in einer liberalen, einer werte- und
47 gleichzeitig leistungsorientierten Wirtschaftsordnung stärken.

48
49 Privatisierung ist aus Sicht des Mittelstandes kein Selbstzweck oder ein ideologisches
50 Handlungsmuster. Privatisierung halten wir dort für notwendig, wo Privat die Aufgaben genauso
51 gut oder besser als der Staat wahrnehmen kann. Wir wollen dort Privatisierung, wo keine
52 zwingenden Notwendigkeiten hoheitlicher Betätigungen diese verbieten. Insofern ist
53 Privatisierung in allen denkbaren Bereichen auch immer bezogen auf den Einzelfall von der Politik
54 und der Verwaltung im Vollzug der Gemeindeordnung zu prüfen. Die politischen Entscheidungen
55 von CDU und FDP hierzu sind mit der Novelle der Gemeindeordnung getroffen worden.

56
57 „Privat vor Staat“ will und darf kein Kampfbegriff gegen den Staat sein. Der Begriff soll aber eine
58 Kultur der Subsidiarität und des Vertrauens in den Unternehmergeist unserer Menschen
59 verkörpern und fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die CDU sich diesem Ziel weiter verpflichtet
60 sieht und dies gegenüber Wirtschaft und Mittelstand auch deutlich macht.

61 Eine Rekommunalisierungswelle zur vermeintlichen Konsolidierung der lokalen Haushalte auf
62 Kosten des Mittelstandes darf es mit der CDU nicht geben. Wir fordern, dass dies im
63 Regierungsprogramm bis 2015 auch klar ausgesprochen wird.

64

65 Darüber hinaus fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung:

- 66 • Das Umsatzsteuerprivileg für einzelne Tätigkeiten der öffentlichen Hand muss entfallen
- 67 • Das „Querverbundsprivileg“ der öffentlichen Hand zur Erlangung des steuerlichen
68 Querverbundes zwischen verschiedenen Betrieben gewerblicher Art muss abgeschafft und
69 auf das im Körperschaftssteuerrecht für alle privaten Unternehmen mögliche Maß
70 begrenzt werden
- 71 • Die Weitergabe von zinsgünstigen Kommunaldarlehen an die kommunalen Gesellschaften
72 darf nur bei Zahlung von marktüblichen Avalprovisionen der Gesellschaften an die
73 Eigentümerkörperschaften erfolgen, mit denen der Kreditpreis an die Marktlage angepasst
74 wird.

75

76 Sinn von weniger Staat und mehr „Sozialer Marktwirtschaft“ im Erhardschen Sinne ist die Stärkung
77 des freien Leistungswettbewerbs. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen soll auch in
78 Zukunft treibende Kraft und Vorbild in dieser Hinsicht sein. Dies soll auch für die kommende
79 Legislaturperiode gelten, von der CDU klar ausgesprochen und mit konkreten Planungen belegt
80 werden.

81

82 **IV. Innovation: Kompetenzen für morgen**

83

84 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt die Landesregierung in ihrer
85 Zielsetzung, durch eine „kreative Ökonomie“ neue innovative Impulse im Standortwettbewerb zu
86 setzen. Sich bildende Cluster in den Regionen Nordrhein-Westfalens werden auf der Grundlage
87 von entsprechenden Abstimmungen der Verantwortungsträger von Wirtschaft und Politik vor Ort
88 unterstützt. Wichtige Innovationscluster in NRW sind zum Beispiel die Logistik, die grüne
89 Gentechnik, die Energie- und Gebäudetechnik, die Kulturwirtschaft, der Maschinenbau, die
90 Stahlproduktion und -verarbeitung sowie die Medizintechnik.

91 Für all diese Branchen benötigen Wirtschaft und Mittelstand gut ausgebildete und technisch
92 versierte Mitarbeiter. Der Fachkräftemangel in weiten Bereichen der Wirtschaft ist neben der viel
93 zu geringen Zahl zur Selbständigkeit strebender jungen Menschen die wohl größte
94 Herausforderung für den Standort NRW und Deutschland.

95
96 Aus diesem Grunde war die Hochschul- und Exzellenzoffensive der Landesregierung ein erster
97 wichtiger Schritt. Es müssen aber weitere Anstrengungen folgen. Die Mittelstands- und
98 Wirtschaftsvereinigung setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für eine intensive
99 Zusammenarbeit von Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen zu verbessern. Der
100 verstärkte Technologietransfer ist eine Chance für mittelständische Unternehmen, Kontakte zu
101 Hochschulen zu knüpfen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, sowie gut
102 ausgebildete Absolventen als Mitarbeiter zu gewinnen. Wir wollen, dass es sich herumspricht, dass
103 aus NRW die besten Ingenieure kommen und dass ein Ingenieur aus NRW in der ganzen Welt, aber
104 auch vor allem hier vor Ort gut bezahlte, sichere, interessante und zukunftsweisende Anstellungen
105 finden kann.

106
107 Auch die Schulpolitik ist hierbei ein wichtiger Ausgangspunkt für die Innovationsfähigkeit des
108 Landes. Nur freiheitlich und leistungsorientiert denkende Schülerinnen und Schüler werden später
109 zu den Leistungsträgern und Entscheidern, die Wirtschaft und Mittelstand in NRW brauchen. Die
110 Landesregierung hat bereits wichtige Weichenstellungen zur Qualitätsverbesserung getätigt. Die
111 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW fordert dazu auf, weiterhin mutig Schulpolitik als
112 Kernkompetenz der Union fortzuentwickeln. Im Bereich von Bildung und Ausbildung unterstützen
113 wir die zahlreichen Aktivitäten der Wirtschaft, durch frühzeitige Kontakte zwischen jungen
114 Menschen und Betrieben den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.

115

116 **V. Weiter für das Land arbeiten: Perspektiven für 2015**

117

118 **a) NRW: Bürokratieabbau ist kein Nischenthema**

- 119
- Herzstück eines durchgreifenden und nachhaltigen Bürokratieabbaus ist die Reduzierung
120 des bürokratischen Apparates, der in 39 Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung

121 aufgehäuft wurde. In Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat Nordrhein-Westfalen bis
122 2008 bereits 133 Behörden aufgelöst oder in andere Dienststellen eingegliedert. Ganz im
123 Sinne des von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW geforderten
124 Subsidiaritätsprinzips wurden unter anderem Aufgaben der Umwelt- und der
125 Versorgungsverwaltung kommunalisiert. Die Projekt Ruhr GmbH wurde aufgelöst,
126 Verwaltungsstrukturen z.B. in der Forstverwaltung gestrafft. Die geplante Reform zur
127 Neustrukturierung der bestehenden Verwaltungsstrukturen in NRW muss auf der
128 Tagesordnung bleiben. Mit der Verleihung des Gütezeichens für mittelstandsorientierte
129 Kommunalverwaltungen durch die Landesregierung besteht ein Anreiz zum
130 Bürokratieabbau vor Ort und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Behörden
131 und Unternehmen.

132
133 Privatisierung ist ein wichtiger Baustein des Abbaus unnötiger Verwaltungsstrukturen.

- 134 • Es muss noch mehr auf die im Koalitionsvertrag 2005 festgelegte Zielsetzung „...durch
135 Privatisierung bisher vom Staat wahrgenommener Aufgaben...wollen wir die
136 wirtschaftliche und bürgerschaftliche Initiative und Selbstbestimmung der Menschen in
137 unserem Land fördern und stärken“ hingearbeitet werden.

138
139 All diese umgesetzten oder eingeleiteten Maßnahmen bedeuten auch unumgänglich
140 Personalabbau auf möglichst sozial verträgliche, jedoch auch haushaltswirksame Art und
141 Weise. Das eingeführte Personaleinsatzmanagement macht die zielorientierte Steuerung des
142 Personalumbaus möglich und ist zu begrüßen.

- 143 • Die CDU stellt sich dieser Herausforderung und wird auch ab 2010 weiterhin den Kurs der
144 Modernisierung der Verwaltung durch Straffung und Rückzug auf notwendige
145 Zuständigkeiten fortführen.

146
147 Das unselige Beauftragtenwesen der rot-grünen Regierungszeit ist gelichtet worden. Wir
148 wollen, dass es dabei bleibt und keine unnötigen neuen Beratungsgremien ohne zeitliche
149 Begrenzung eingesetzt werden.

150

151 Ein wichtiger Aspekt des CDU-Regierungsprogramms ist die Deregulierung für Wirtschaft und
152 Mittelstand. Mit der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, der Abschaffung des
153 arbeitsplatzfeindlichen Tariftreuegesetzes sind gute und wichtige Schritte getan worden.

- 154 • Gleichzeitig wurden auch neue Bürokratisierungen, teilweise leider aufgrund
155 übergeordneter Gesetzgebung, geschaffen. Der Grundsatz des Koalitionsvertrages „Wir
156 werden dafür sorgen, dass bei Gesetzen nicht nur wie bisher die finanziellen Auswirkungen
157 abgeschätzt werden müssen, sondern auch ihre Auswirkungen auf Wachstum und
158 Beschäftigung“ gilt für uns weiter und muss verstärkt in den Blick genommen werden. Die
159 begrenzte Gültigkeit von Gesetzen muss ebenfalls verstärkt als Regulierungsinstrument
160 gegen Bürokratisierungstendenzen genutzt werden.

161

162 **b) NRW: Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik**

163 Nordrhein-Westfalen holt auf. Dies ist das klare Ergebnis der ersten drei Jahre der CDU-
164 geführten Landesregierung. NRW schaffte es beim Wirtschaftswachstum 2007 (BIP,
165 preisbereinigt) den Bundesdurchschnitt zu überholen. Mit 2,6% lag man 0,1% vor dem
166 Bundesdeutschen BIP von 2,5%. Bei Regierungsübernahme 2005 lagen wir bei Stagnation in
167 der Wirtschaft noch 0,8% dahinter (NRW: 0,0%, Deutschland: 0,8%). 2006 konnte der Abstand
168 schon auf 0,3% verkürzt werden (NRW: 2,6%, Deutschland: 2,9%)

169

170 Dabei konnte die Arbeitslosigkeit seit der Landtagswahl, also von April 2005 bis April 2008 um
171 278.000 gemeldete Arbeitslose reduziert werden. Die Quote sank von 11,9% auf 8,7%. Die
172 Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg von Februar 2005 bis Februar 2008
173 von 5,6 Millionen auf 5,77 Millionen. Etwa 180.000 zusätzliche Stellen konnten geschaffen
174 werden. 180.000 Menschen und ihren Familien wurde damit ermöglicht, ihr Leben mit
175 Erwerbstätigkeit eigenständig zu gestalten.

176

177 Dies schafft persönliche Unabhängigkeit auch von staatlichen Transfersystemen. Deswegen
178 will die MIT NRW alles dafür tun, dass der beschäftigungswirksame Aufschwung anhält und
179 dass die wirtschaftsfreundliche Politik in NRW fortgesetzt wird. Sie ist Garant für soziale
180 Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit der Bürger.

181

182 Politik muss sich Ziele setzen und muss eine Richtung geben. Aus diesem Grunde wollen wir,
183 um den Wohlstand der Bürger zu erhalten, einige konkrete Zielsetzungen der NRW-
184 Wirtschaftspolitik formulieren

- 185 • Wir streben das dauerhafte Wachstum NRWs über dem Bundesdurchschnitt beim
186 Bruttoinlandsprodukt an. Unser Standort muss so attraktiv werden, dass wir nicht nur im
187 Schnitt der Jahre 2010-2015 besser abschneiden, sondern dass wir in jedem Jahr besser
188 abschneiden als Gesamtdeutschland, um dauerhaft unsere Stärke als der erfolgreichste
189 Wirtschaftsstandort in Deutschland zurückzuerobern.
- 190 • Wir wollen, dass NRW dauerhaft beim Abbau und Bestand der Arbeitslosigkeit besser
191 abschneidet als der Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2010-
192 2015 sollte unter der der Bundesrepublik Deutschland liegen. Nur dann können wir beim
193 strukturellen Abbau der Arbeitslosigkeit Erfolge für uns verbuchen.
- 194 • Für eine möglichst geringe Zahl an Arbeitslosen brauchen wir neben der guten Konjunktur
195 auch gute Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Deswegen
196 fordern wir dazu auf, seitens der CDU NRW jede bundespolitische Debatte mit Blick auf
197 ihre Auswirkungen auf den Standort und das Wirtschaftswachstum zu betrachten und
198 wenn nötig klar Position für den Wirtschaftsstandort NRW zu beziehen.

199
200 Wir wollen und brauchen mehr Gründungen in NRW. Zwar konnte NRW den Rückgang der
201 Firmenneugründungen (2003-2007: -4,5%) in den vergangenen Jahren abbremsen und
202 schneidet besser ab als Gesamtdeutschland (2003-2007: -4,9%). Aber wir wollen wieder eine
203 positive Gründungsbilanz in unserem Land.

- 204 • Deswegen fordern wir dazu auf, die gesellschaftliche Attraktivität von Selbständigkeit in
205 Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken. Hierzu gehört auch die aktive Förderung von
206 Betriebsübernahmen.

207
208 Im Bereich der Fördermittelvergabe ist das Land NRW auf ein Wettbewerbsverfahren
209 umgestiegen. Die Wettbewerbe führen zu einer hohen Mobilisierung der regionalen Akteure,
210 da nicht nur Unternehmen, sondern auch Regionen sich beteiligen. Dadurch wird die
211 Entstehung und das Wachstum regionaler Cluster begünstigt.

- 212 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt den Umstieg auf das
213 Wettbewerbsverfahren um staatliche Hilfen und fordert die Landesregierung dazu auf, das
214 „Programm zur kontinuierlichen Sicherstellung von Effektivität, Effizienz und
215 Rechtmäßigkeit der Fördermittelvergabe – KONTER“ zügig zu etablieren und
216 fortzuentwickeln, damit das gesamte Verfahren in Zukunft unbürokratischer und
217 transparenter abgewickelt wird.

218
219 Mit den Mittelstandspaketen II und III hat die Landesregierung die Voraussetzungen für eine
220 mittelstandsfreundliche Ausgestaltung und Anwendung des Vergaberechts geschaffen. Die
221 neuen kommunalen Vergabegrundsätze bieten den Städten und Gemeinden in NRW bei der
222 Vergabe öffentlicher Aufträge die Möglichkeit, Unternehmen aus der Region stärker zu
223 berücksichtigen. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sollen in die Lage versetzt werden,
224 sich erfolgreich um öffentliche Aufträge bewerben zu können. Eigens dafür wurden die
225 Schwellenwerte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht. In der Praxis hat sich bisher
226 gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Städte und Gemeinden die neuen Richtlinien bislang nicht
227 anwendet.

- 228 • Daher fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung nun die Kommunen auf, ihre
229 Vergabepaxis an die neuen Möglichkeiten anzupassen und dem regionalen Mittelstand
230 die Chance zu geben, am Wettbewerb um öffentliche Aufträge teilhaben zu können.

231
232 Trotz der zuletzt gestiegenen Eigenkapitalquote vieler Unternehmen in NRW ist diese im
233 internationalen Vergleich nach wie vor zu gering und bedeutet eine Schwächung des
234 Standortes.

- 235 • Die Landesregierung NRW soll eine Initiative zur Verbesserung dieser
236 Eigenkapitalsituation durch eine Begünstigung thesaurierter Gewinne einleiten.
- 237 • Leistung muss sich wieder lohnen. Deshalb fordern wir einen Abbau von Steuern auf allen
238 Ebenen zugunsten der Unternehmen und der Bürger. Die Union muss nach der
239 Haushaltskonsolidierung des Bundes bis 2011 auch zunehmend Steuerentlastungen auf
240 den Weg bringen. Erste Schritte gegen die sogenannte „kalte Progression“ müssen auch
241 schon früher unternommen werden. Der sogenannte „Mittelstandsbauch“ muss durch ein
242 umfassendes Steuerreformkonzept beseitigt werden, welche sich nicht nur auf Eingangs-,

- 243 Spitzensteuersteuersatz- und Freibetragsänderungen reduzieren darf. CDU und
244 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW müssen hierbei treibender Motor für Berlin
245 sein.
- 246 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung plädiert für Steuerwettbewerb zwischen den
247 Bundesländern. Wir fordern, dass die Bundesländer bei den Steuern, bei denen sie alleine
248 die Ertragshoheit haben (z.B. Erbschaftssteuer) auch die Gesetzgebungshoheit erhalten.
249 Die Kraftfahrzeugsteuer soll von der Länderertragshoheit in die Bundesertragshoheit bei
250 entsprechender Kompensation etwa durch die Versicherungssteuer übergehen. Mit der
251 Zusammenlegung der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer wollen wir eine EU-
252 konforme Umweltpolitik aus einem Guss erreichen, um die inländische Transportwirtschaft
253 nicht gegenüber der ausländischen Transportwirtschaft zu benachteiligen. Bei der
254 Einkommen- und der Körperschaftssteuer sollen die Länder und die Kommunen an Stelle
255 ihrer bisherigen Anteile Zuschlagsrechte auf den Bundesanteil erhalten, um Ihnen
256 Handlungsspielraum zu geben und den Steuer- und Standortwettbewerb anzuregen.
257
- 258 Der zunehmende Fachkräftemangel sowie die demografische Entwicklung sind eine große
259 Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Mittelstandes auf den
260 Binnen- und Weltmärkten.
- 261
- 262 Für unsere Unternehmen sind im globalen Wettbewerb die Fähigkeiten von gut qualifizierten
263 Zuwanderern aus aller Welt zukünftig unabdingbare Erfolgsvoraussetzung für Produkte und
264 Dienstleistungen aus NRW. Sprachkenntnisse, das Wissen um kulturelle und ökonomische
265 Gegebenheiten in den Absatzländern oder technisches Know-how aus anderen Ländern
266 stärken unseren Mittelstand und unsere Industrie. Um den Zuzug von Menschen ausschließlich
267 in die Sozialsysteme zu verhindern, fordern wir:
- 268 • Die gültige Verdienstgrenze von 86.400 Euro, wie auch die im Juli 2008 beschlossene
269 Senkung der Grenze auf 63.600 Euro ist realitätsfern und erlaubt nur in geringem Umfang
270 die Einwanderung von Facharbeitern und Ingenieuren, die wir als Exportland besonders
271 brauchen.
 - 272 • Wir unterstützen die Zuwanderung gründungswilliger und investitionsfreudiger Menschen
273 aus aller Welt nach NRW. Innovationsfähigkeit, Erfolgsorientiertheit und internationale

274 Erfahrung eingewanderter Bürger können den Wirtschaftsstandort, den Arbeitsmarkt und
275 die Integrationsfähigkeit in NRW stärken.

- 276 • Wir wollen eine verstärkte Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, der
277 Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft und des Handwerks mit
278 Unternehmervereinigungen ausländischstämmiger Bürger in NRW.
- 279 • Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW fordern größere Anstrengungen in
280 der Außendarstellung des Landes NRW nicht nur als Investitionsstandort sondern auch als
281 attraktiver Lebensraum, der Chancen für Facharbeitskräfte aus der ganzen Welt bietet, hier
282 gute berufliche, familiäre und soziale Perspektiven zu finden.

283
284 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW setzt sich für die Einhaltung ethischer
285 Führungsgrundsätze im Wirtschaftsleben ein. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
286 fordert schon lange eine Korrektur von Strukturschwächen bei der Führung von
287 Kapitalgesellschaften und eine Annäherung der Regelungen für Manager an die der
288 Eigentümer-Unternehmer. Gerade angesichts prominenter Fehlspekulationen ohne
289 wesentliche persönliche Folgen für Top-Manager großer Aktiengesellschaften, muss eine
290 Reform des Aktienrechts vorgenommen werden.

- 291 • Wir fordern die Landesregierung NRW dazu auf, sich im Bundesrat für eine Novellierung
292 des Aktienrechts stark zu machen.
 - 293 - Wir wollen eine stärkere Annäherung der Haftungssituation angestellter Manager
294 an die von Eigentümer-Unternehmer.
 - 295 - Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Einzelperson soll auf 3 statt bisher 10
296 beschränkt werden.
 - 297 - Wir fordern des Weiteren ein Verbot des direkten Überwechsels des
298 Vorstandsvorsitzenden auf die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden bei
299 Publikums-Aktiengesellschaften vor Ablauf einer Karenzzeit von zwei Jahren.
 - 300 - Die Beschlussfassung über die Vorstandsvergütung darf nicht länger durch das
301 Präsidium des Aufsichtsrates, sondern muss durch den gesamten Aufsichtsrat
302 erfolgen.

303
304

305 **c) NRW: Wirtschafts- und umweltgerechte Infrastruktur entwickeln**

306 Schon in der Koalitionsvereinbarung 2005 verpflichteten sich CDU und FDP: „Wir werden die
307 Proportionen achten durch eine vernünftige Abwägung von Ökologie und Wirtschaftlichkeit.“
308 Seitdem haben eine Umweltpolitik mit Augenmaß und eine Wirtschaftspolitik mit
309 Verantwortung zueinander gefunden. Allerdings gibt es noch Vieles zu tun. Die Überarbeitung
310 des Landschaftsgesetzes und die Vereinfachung der Landschaftspläne sowie der
311 Landschaftsbegleitpläne müssen weiter geführt werden. Sinnvolle Strategien, wie zum Beispiel
312 die Zielsetzung von weniger Flächenverbrauch müssen noch mehr an den ökonomischen
313 Realitäten ausgerichtet werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will
314 sicherstellen, dass die notwendige Entwicklung wichtiger Gewerbegebiete und damit die
315 Schaffung von Arbeitsplätzen nicht behindert werden. So fordern wir, die aktuelle Nachfrage
316 nach Industrie- und attraktiven Wohnflächen durch die Schaffung planungsrechtlicher
317 Voraussetzungen zu erfüllen.

318
319 Mitten durch NRW gehen die verkehrlichen Schlagadern Deutschlands und Europas. Sie nicht
320 auszubauen und zu modernisieren wäre unverantwortlich vor allem auch aus umwelt- und
321 klimaschutzpolitischen Erwägungen heraus. Staus sind in besonderem Maße umweltschädlich.

322
323 Deswegen setzen wir auf einen ausgewogenen Ausbau der Verkehrssysteme. Wichtige
324 Lückenschlüsse im Autobahnnetz müssen endlich realisiert werden.
325 Die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans aus dem Jahr 2003 muss die vorhandenen
326 Mittel optimal nutzen. Die vorhandenen Infrastrukturmittel in die Bundesfernstraßen bis 2015
327 sind soweit in Höhe und Aufteilung festgeschrieben.

- 328
- 329 • Wir wollen frühzeitig Einfluss auf die Verkehrswegeplanung ab 2015 nehmen. „Aufbau Ost“ kann nach 2015 nicht mehr die gleiche Priorität haben wie bisher.
 - 330 • Wir wollen als eine wichtige neue Priorität den Ausbau der Autobahnrast- und
331 Parkplatzanlagen. Dies ist aus Sicherheitsgründen und als Reaktion auf immer neue
332 Regelungen z.B. zu Lenk- und Ruhezeiten unausweichlich. Es müssen
333 Umlademöglichkeiten, insbesondere durch den Ausbau spezifischer Autohöfe, geschaffen
334 werden, um die logistische Effizienz aus ökonomischen und ökologischen Gründen zu
335 erhöhen.

- 336 • Die Landesregierung muss gegenüber dem sozialdemokratisch regierten Rheinland-Pfalz
337 Druck machen, dass die A1 ab Blankenheim weitergebaut wird.

338
339 Die Landesregierung hat die Instandsetzung der in 39 Jahren SPD-Regierung vernachlässigten
340 Verkehrsinfrastruktur durch die Umsetzung des Landesstraßenbedarfplanes 2006 erfolgreich
341 in Angriff genommen. Endlich wieder sind Nacht- und Wochenendaustellen zu sehen.

- 342 • Verkehrsleitsysteme und elektronisch regulierbare Höchstgeschwindigkeitsanzeigen, dort
343 wo Geschwindigkeitsbeschränkungen notwendig sind, müssen die Regel werden, sowohl
344 im Autobahn- wie auch Landstraßenbereich sowie in den Städten.

- 345 • Die in diesem Plan vorgesehen Mittel von 1,6 Milliarden Euro für die Dringlichkeitsstufen 1
346 und 2 sollten baldmöglichst erhöht werden, um keinen weiteren Investitionsstau zu
347 verursachen.

- 348 • Wir wollen hierbei eine Priorität seitens des Landes auf dringend notwendige Umgehungs-
349 und Entlastungsstraßen, vor allem in der Anbindung und günstigen Zuwegung von
350 Gewerbegebieten gesetzt sehen. Das Fördervolumen für solche innerstädtischen
351 Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur im Jahr 2008 von 26,5 Millionen Euro ist
352 schrittweise bis 2015 auf jährlich 80 Millionen Euro aufzustocken.

- 353 • Die Mittel aus dem Verkehrswegeplan müssen weiterhin voll ausgeschöpft werden. Das
354 Land NRW hat unter Rot-Grün aufgrund verschleppter Planfeststellungsverfahren immer
355 wieder Mittel an den Bund zurückgeben müssen, die andere Bundesländer dann nutzen
356 konnten. Dies geschieht nun unter der CDU-Regierungsführung nicht mehr. Das muss so
357 bleiben.

358
359 Das Schienennetz in NRW ist Motor unserer Logistikkreuzen und Tor in Richtung Westen.
360 Die Wachstumsbranche Logistik ist eine der Kernkompetenzen in Nordrhein-Westfalen.

- 361 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will den Aus- und Weiterbau des „Eisernen
362 Rheins“ in Richtung Niederlande unter Beachtung des notwendigen Lärmschutzes für die
363 Anwohner. Die Trasse ergänzt die Betuwe-Linie und schließt damit auch unsere
364 Binnenhäfen an wichtige Knotenpunkte anderer Verkehrssysteme an.

- 365
- Wir wollen die Realisierung des Rhein-Ruhr-Express. Er ist und bleibt das wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekt für das Ruhrgebiet. Bis 2015 soll diese wichtige Nahverkehrslinie im Ruhrgebiet in Betrieb sein.
- 366
- 367
- Wir plädieren für verstärkte Privatisierung von Bahnverkehren. Dort, wo bereits heute private Unternehmen oder PPP-Modelle Strecken betreiben, sind positive Erfahrungen auch für die Kunden in Bezug auf Preis, Sauberkeit und Pünktlichkeit spürbar.
- 368
- 369
- 370
- 371

372 Im Zeitalter der Innovation meint Ausbau der Infrastruktur mehr als nur den Erhalt und die Erweiterung von Verkehrsstrassen.

373

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW wird sich dafür einsetzen, dass für die kommende Legislaturperiode einer CDU-geführten Landesregierung der Ausbau der Telekommunikationsnetze in NRW vor allem von Hochleistungs-Datenleitungen für Unternehmen einen weiteren Schub erfährt. Es soll eine Innovationsoffensive mit privaten Netzbetreibern und der Telekom gestartet werden, in deren Rahmen eine flächendeckende Versorgung mit 16 MBit-Leitungen bis 2015 erfolgt, deren tatsächliches Leistungsvermögen auch diesen Anforderungen entspricht.
- 374
- 375
- 376
- 377
- 378
- 379
- 380
- 381

382 Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen sind Umwelt- und Naturschutz einerseits und andererseits die Entwicklung einer modernen Infrastruktur keine Gegensätze.

383

384

385

386 Mit vielen der von uns geforderten Verbesserungen der Infrastruktur können unnötige und umwelt- sowie klimaschädliche Transporte und Verbindungsfahrten reduziert werden. Vor allem die innerstädtische Feinstaubbelastung ist dadurch zu reduzieren.

387

388

- Wir lehnen Umweltzonen in der heutigen Ausgestaltung und Planung als mittelstands- und wirtschaftsfeindlich ab. Stattdessen befürworten wir die Aufstellung intelligenter Luftreinhaltepläne, die alle Verursacher von Feinstaubbelastungen mit einbeziehen. Innovation statt staatliche Reglementierung ist der Schlüssel zu noch mehr Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Wirtschaft.
 - Klima- und umweltfreundliche Technologien müssen Vorrang haben, hierzu gehört auch und vor allem die Kernenergie im Energiemix. Sie ermöglicht uns Wettbewerbsfähigkeit für
- 389
- 390
- 391
- 392
- 393
- 394
- 395

396 Industrie und Mittelstand und damit wichtige Investitionsmittel der Wirtschaft in
397 modernere und sauberere Technologien. Die Braunkohle als einziger heimischer fossiler
398 Energieträger, dessen Nutzung sich wirtschaftlich rechnet, bleibt wichtiger Bestandteil des
399 Energiemixes.

400 • Im Bereich des Straßen-Transportverkehrs setzen wir auf emissionsärmere und effizientere
401 Lastkraftwagen. Die kommende Generation von zum Beispiel auf Glasfaser- und
402 Verbundstoffen basierenden Fahrzeugen wird mehr für die Entlastung der Straße und die
403 Reduzierung der verkehrlichen CO₂-Emissionen sowie den Kraftstoffverbrauch erreichen,
404 als viele andere staatliche Regulierungsmaßnahmen. Entwicklung und Markteinführung
405 dieser Technologien ist gezielt zu fördern. Auch eine vernetzte Logistik trägt erheblich zur
406 Steigerung der Energieeffizienz bei.

407
408 Die Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs zählt zu den wichtigsten Aufgaben
409 kommunaler Stadtentwicklung. Wir begrüßen daher, dass die NRW-Landesregierung ein
410 Investitionspaket über 100 Mio. € für energetische Sanierungen der kommunalen Infrastruktur
411 – insbesondere Kindergärten und Schulen – beschlossen hat.

- 412 • Dieses Programm muss auch in der kommenden Legislaturperiode erneut aufgelegt und
413 fortgeführt werden.
- 414 • Rahmenbedingungen für effizienzorientierte dezentrale Contractingmodelle sind zu
415 verbessern.
- 416 • Die geplante Vollauktionierung beim CO₂-Emissionshandel ab 2013 muss abgelehnt
417 werden. Sie würde in Deutschland eine Kostenlawine auslösen. Dies wäre eine heimliche
418 Steuererhöhung mit fast 15 Mrd. Euro Aufkommen jährlich, die den Strompreis um
419 mindestens 50% steigen ließe, aber klimapolitisch völlig überflüssig ist. Die Zuteilung der
420 CO₂-Zertifikate muss wie bisher kostenfrei nach Benchmark mit sogenannter „Ex-post-
421 Anpassung“ (d.h. orientiert nach tatsächlicher Produktion) erfolgen.

422

423 **d) NRW: Bildung - das Zukunftskapital unserer Gesellschaft**

424 Bildung ist in unserer heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft das wichtigste Gut. Es
425 spielt eine immer größere wirtschaftliche Rolle und greift tief in die Gestaltung unserer
426 Lebenswelt ein. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass unser Schulsystem erheblich schlechter

427 als in den anderen Ländern in der Lage ist, die unterschiedlichen Begabungs- und
428 Leistungspotentiale unserer Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung zu bringen. Da dieser
429 Prozess bereits vor der Grundschule beginnt, bedarf es eines Konzeptes, das schon vor dem
430 Kindergarten ansetzt und sich bis in die verschiedenen Formen der weiterführenden Schulen
431 fortsetzt. Deshalb ist eine moderne Schul- und Bildungspolitik für die Zukunft des Standorts
432 NRW von großer Bedeutung. Erste positive Ergebnisse wurden der CDU-Landespolitik 2008
433 bescheinigt, als die Reformen in diesem Bereich von der Initiative Neue Soziale
434 Marktwirtschaft mit einem „gut“ bewertet wurden. Weitere Schritte müssen folgen. Eine gute
435 Bildungspolitik schafft die Voraussetzung, in Freiheit sein Leben unabhängig von staatlicher
436 Umverteilung zu organisieren.

437
438 Nordrhein-westfälische Betriebe haben bei der Ausbildungsplatzvergabe häufig das Problem,
439 dass sie keine geeigneten Bewerber finden können. Oft ist die schulische Vorbildung
440 mangelhaft, so dass es schwierig ist, qualifizierte Lehrlinge zu finden.

- 441 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt daher Schulreformen, die durch
442 gezielte Förderung Schülern eine bessere Bildung vermitteln und diesen somit Chancen auf
443 dem Arbeitsmarkt verschaffen. Nur so kann der Nachwuchsmangel in unseren
444 Unternehmen behoben werden.

445
446 Die deutsche Wirtschaft sieht sich seit Jahren mit dem Problem konfrontiert, dass - im
447 Vergleich zu anderen Industrienationen – die deutschen Absolventen später ins Arbeitsleben
448 eintreten. Der Ansatz, die Schulzeit in NRW zu verkürzen und das Abitur nach 12 Jahren
449 einzuführen ist ein richtiger bildungspolitischer und gesellschaftspolitischer Schritt.
450 Ausbildungszeiten sind insgesamt in der Bundesrepublik zu lang.

451
452 Wir wollen nicht, dass sich die Regierungspolitik in NRW mit sinnlosen Schulformdebatten
453 aufhält, sondern handelt, um Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern.
454 Schulreformdebatten lösen keine Probleme von Schülern in sozial schwierigem Umfeld.
455 Deswegen fordern wir eine Kraftanstrengung zugunsten der Hauptschulen.

- 456 • Die Hauptschulen sind in Ihrer Ausrichtung auf technische und handwerkliche Fähigkeiten
457 auszubauen und zu stärken. Der Mittelstand in NRW braucht nicht nur Akademiker

- 458 sondern auch eine breite Schicht hochqualifizierter Facharbeiter und Meister, die den
459 guten Ruf des „Made in Germany“ ausmachen
- 460 • Neben Fertigkeiten und Kenntnissen sind auch Werthaltungen für die Entwicklung einer
461 Persönlichkeit wichtig. Deshalb kommt erzieherischer Bildung eine große Bedeutung zu,
462 die sich auch in Zeugnis-Kopfnoten ausdrückt.
 - 463 • Die Klassenverkleinerung an Hauptschulen ist prioritär anzugehen.
- 464
- 465 Investitionen in die Kinder sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft und
466 Wirtschaft. Dazu gehört auch der unter Rot-Grün vernachlässigte Ausbau der Schulen durch
467 verstärkte Investitionen in Gebäude und moderne Ausstattung.
- 468 • Hierzu soll die Landesregierung neben den erfolgreichen Mittelstandspaketen auch ein
469 „Investitionspaket Bildung“ schnüren, das aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums
470 heraus Impulse zur Verbesserung unserer Schulen gibt und damit die Qualifizierung
471 zukünftiger Mitarbeiter unterstützt.
 - 472
 - 473 • Der Schulalltag muss neu strukturiert werden. Die Mittelstands- und
474 Wirtschaftsvereinigung fordert mehr Ganztagschulen, die den Schülern und Lehrern eine
475 professionelle Basis bieten, die gestiegene Wochenstundenzahl zu absolvieren. Vor allem
476 sozialpädagogische Betreuung und individuelle Förderung helfen, das Leistungsniveau
477 anzuheben.
 - 478 • Des Weiteren erachtet die MIT eine Überarbeitung der Lehrpläne für notwendig: Der
479 naturwissenschaftliche Unterricht muss verbessert und auf die Notwendigkeiten im
480 späteren Berufsleben abgestimmt werden. Hier gilt es, die Kooperation von
481 Bildungsträgern mit der Wirtschaft zu verstärken.
 - 482 • Insbesondere muss ökonomische Bildung quer durch den Fächerkanon und auch bei
483 fachübergreifenden Projektarbeiten sowie Partnerschaftsaktivitäten stärker berücksichtigt
484 werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert das Schließen der
485 ökonomischen Bildungslücke und eine Verbesserung des Wissens über wirtschaftliche
486 Zusammenhänge und die Bedeutung von Selbständigkeit und Unternehmertum für die
487 gesamte Gesellschaft.

- 488
- 489
- 490
- 491
- 492
- 493
- 494
- 495
- 496
- 497
- 498
- 499
- 500
- 501
- 502
- 503
- 504
- 505
- 506
- 507
- 508
- 509
- 510
- 511
- 512
- 513
- 514
- 515
- 516
- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt zudem das Konzept der Europa-Schulen in NRW. Bilingualer Unterricht eröffnet Möglichkeiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt, die gerade im wirtschaftlich stark in die EU integrierten NRW von großer Bedeutung sind. Im Umkreis von 500 Kilometern um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben 140 Millionen Menschen und damit 40 Prozent der Verbraucher in der EU. Sowohl für europäische Unternehmen, die NRW als Standort gewählt haben, als auch für nordrhein-westfälische Unternehmen, die auf dem europäischen Markt agieren, sind Schüler, die einen „Europa-Abschluss“ haben, attraktive Mitarbeiter, da sie über erweiterte Sprachkompetenzen verfügen und den europäischen Binnenmarkt auch als Arbeitsmarkt begreifen.
 - Darüber hinaus ergänzen Internationale Schulen in privater Trägerschaft in hervorragender Weise die Zielrichtung einer globalen Ausrichtung unserer Bildungsangebote. Sie machen nicht nur NRW weltoffener und bieten gute Bildungschancen für Kinder zugewanderter Menschen, die wir auf dem Arbeitsmarkt in NRW dringend benötigen, sie qualifizieren auch unsere Kinder für die Wirtschaft, Kunst, Kultur, Philosophie und vieles mehr in einem globalen Kontext .
 - Wir stehen zu den Privatschulen im Land. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sieht sie als dringend notwendige und wünschenswerte Ergänzung der staatlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen an. Ob auf christlichen Werten basierend oder auf anderen Bildungs- und Erziehungskonzepten, viele Privatschulen gehören zu den besten in unserem Land. Elitenbildung und Exzellenz hat nichts mit 2-Klassen-Bildung zu tun, sondern es fördert den Leistungswettbewerb der Schulen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung lehnt geplante verschlechternde Änderungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten des Besuchs von Privatschulen im Einkommensteuerrecht ab.
- Begrüßenswert sind die Anstrengungen der Landespolitik, mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu ermöglichen. Die Einbringung von Elementen der Berufsorientierung in den Lehrplan von Förder-, Haupt-, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen ist begrüßenswert. Um die Berufsorientierung zu stärken und zu einer

517 Verkürzung der Schulzeit auch in der Sekundarstufe I zu kommen wurde in NRW die
518 Möglichkeit eröffnet, anstelle des 10. Pflichtschuljahres eine Ausbildung zu beginnen.
519 • Darüber hinaus sollte zusätzlich das 10. Pflichtschuljahr (Hauptschulabschluss 10a) wegen
520 der größeren beruflichen Nähe neben den Hauptschulen auch an den Berufskollegs
521 angeboten werden.
522

523 e) NRW: Der Wissensstandort

524 Nordrhein-Westfalen hat das Potenzial, sich zu einem Standort des Wissens zu entwickeln. In
525 keiner anderen Region Europas gibt es eine so dichte Wissens- und Forschungslandschaft (59
526 Hochschulen, 21 Forschungsinstitute und mehr als 60 Technologiezentren). Wissen ist der
527 wichtigste Rohstoff des Landes für Innovation, für Wachstum und zukunftssichere
528 Arbeitsplätze.

529
530 So soll der Wissenschaft und Forschung ein Maß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit
531 eröffnet werden, das international jedem Vergleich standhält. Klare Schwerpunkte und der
532 Ausbau von Exzellenz in der Spitzenforschung sollen das Forschungsprofil des Standortes
533 schärfen. Dafür müssen gezielt die vorhandenen Stärken ausgebaut werden.
534

535 Bis zum Jahr 2015 soll NRW das Innovationsland Nr. 1 in Deutschland sein. Eine starke
536 Wissenschaft und exzellente Forschung sind Nordrhein-Westfalens wichtigstes
537 Zukunftskapital.
538

539 Vor dem Hintergrund der großen Aufgaben im Forschungsbereich wird in NRW immer noch zu
540 wenig Geld in die Forschung gesteckt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs setzten
541 2002 das Ziel, dass Europa bis zum Jahr 2010 3% des Bruttoinlandsproduktes für Forschung
542 und Entwicklung (F&E) verausgaben soll. Ein Drittel davon soll der Staat und zwei Drittel die
543 private Wirtschaft erbringen.
544

545 Aufgrund von Versäumnissen der SPD-geführten Landesregierung in der Vergangenheit liegt
546 NRW mit gut 1,8% weit hinter dem deutschen Durchschnitt von 2,5% und auch weit hinter
547 den süddeutschen Ländern zurück: Bayern liegt bei 3% und Baden-Württemberg sogar bei 4%.

548 Hier ist für NRW ein Umsteuern weiterhin dringend erforderlich.

- 549 • Deshalb fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung die Landesregierung auf,
550 die Mittel für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Investitionen in Forschung und
551 Entwicklung lohnen sich, da sie langfristig zu mehr Beschäftigung führen und die
552 Unternehmen unseres Landes in die Lage versetzen, der internationalen Konkurrenz
553 stand zu halten. Wir begrüßen die Einrichtung des Innovationsfonds.
- 554 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sieht die Notwendigkeit einer
555 international vernetzten Spitzenforschung.

556
557 NRW soll seine Kompetenzen im Bereich der Kernenergie- und Kernsicherheitsforschung
558 ausbauen.

559
560 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt, dass bereits mit der Unterstützung
561 durch das Land NRW die RWTH Aachen und das Forschungszentrum Jülich drei Professuren im
562 Bereich der Kernenergieforschung besetzt haben und eine weitere einrichten werden. Jedoch
563 bedarf es gerade in Zeiten der Diskussion um den Klimawandel und steigender Energiekosten
564 eine noch größer Hinwendung zum Forschungsbereich der Kernenergie. Es gibt einen großen
565 Bedarf an kompetentem Nachwuchs, sowohl in der Forschung als auch bei Betreibern,
566 Bewilligungsbehörden und Überwachungsstellen.

567
568 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung setzt auf einen breiten Energiemix, zu dem auch
569 die Kernenergie gehört. NRW ist Energieland Nummer Eins und soll auch
570 Energieforschungsland Nummer Eins werden.

- 571 • Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert eine starke Fokussierung auf die
572 Kernenergieforschung. NRW soll wieder führend in diesem Forschungsbereich werden,
573 denn Kernenergie ist weltweit eine Energie der Zukunft. Der von Rot-Grün
574 beschlossene Atomausstieg hat zur Folge, dass die Bedarfsdeckung über
575 konventionelle Kraftwerke und erneuerbare Energien langfristig nicht ausreichend
576 garantiert ist. Aktuell ist die Kernenergie eine der saubersten Energien, die sicher
577 genutzt werden muss. Mit der Weiterführung der Forschung auch bei

578 Hochtemperatur-Reaktoren, sicherer Atomendlagerung und insbesondere der
579 Reaktorsicherheit kann sich NRW profilieren.

580 • Wir wollen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen und die CDU Nordrhein-Westfalen
581 für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernenergie-Kraftwerke in Deutschland
582 einsetzen.

583 • Erneuerbare Energien sind ein Schlüssel zur Ressourcenschonung und zu verstärktem
584 Umweltschutz in NRW. Die Forschung in den Technologiefeldern Biomassekraftwerke,
585 Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie und Solarthermie muss weiter intensiviert
586 werden.

587 • Alle Umwelt- und Energietechnologien müssen sich aber auch Aspekten der
588 Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und des Verbraucherschutzes stellen. Hier dürfen
589 Flächenverbrauch, Gesamtenergiebilanz, negative Folgen für das Landschaftsbild (zum
590 Beispiel durch Windräder) oder Kritik an Übersubventionierung nicht als
591 Umweltfeindlichkeit abgetan, sondern ernst genommen werden.

592
593 Forschung und Entwicklung haben in erster Linie im innovativen Mittelstand ihr Zuhause.

594 Viele mittelständische Unternehmen aus NRW sind mit erstklassiger Technologie auf den
595 Weltmärkten vertreten.

596 • Mittelständischen Unternehmen muss ein gleicher Zugang zur Forschungsförderung
597 eingeräumt werden wie Großunternehmen.

598 • Der Patentrechts-, Marken- und Urheberrechtsschutz von mittelständischen
599 Innovationen aus NRW und die internationale Durchsetzbarkeit dieser Regelungen
600 müssen besser werden. Produktpiraterie und Firmenspionage müssen bekämpft
601 werden. Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung wollen das Wissen des
602 Mittelstandes geschützt sehen. Deswegen fordern wir dazu auf, politisch und rechtlich
603 gegen jeden Verstoß gegen die legitimen Ansprüche unserer Unternehmen
604 vorzugehen. Die Landesregierung soll hierzu eine Initiative starten und
605 Verbesserungen zugunsten gerade derjenigen erreichen, die nur sehr schwer
606 aufwendige Schutzmassnahmen für ihr Produkt umsetzen können.

607

608 **f) NRW: Politik nicht auf Kosten der Zukunft**

609 Ein wichtiger Teil der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen ist der Bankenstandort NRW.
610 Diesen gilt es zu erhalten, zu stärken und auszubauen. Ob Bankinstitute, Börsen oder
611 Investmentunternehmen, wir wollen eine starke Infrastruktur für globale Akteure in diesem
612 Bereich.

- 613 • Wir stehen zur Drei-Säulen-Struktur unserer Bankenlandschaft. Sparkassen müssen sich
614 dem Wettbewerb mit den Privatbanken und den Genossenschaftsbanken auch vor dem
615 Hintergrund europäischer Regelungen stellen. Hierzu ist die Reform des
616 Sparkassengesetzes NRW ein wichtiger Schritt. Er verhindert zum einen, dass Sparkassen
617 verkauft werden können, verschafft aber den Eigentümern, den Kommunen und damit den
618 Bürgern mehr Transparenz.
- 619 • Wir sehen mittelfristig keinen Sinn im Fortbestand von Landesbanken, hier der WestLB,
620 ohne konkretes erfolgsversprechendes Geschäftsmodell.
- 621 • Die Zusammenarbeit der Landesbanken in Deutschland soll verstärkt, ihre Anzahl muss bis
622 2015 reduziert werden. Das Ziel eines Verkaufes der WestLB muss bis 2012 realisiert
623 werden.

624
625 Gute Wirtschaftspolitik ist nur mit seriöser Finanzpolitik möglich. Die Landesregierung konnte
626 die Neuaufnahme von Schulden durch das Land von 6,8 Milliarden Euro auf 1,9 Milliarden Euro
627 senken.

- 628 • Wir halten an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2011 fest.
- 629 • Bis 2015 wollen wir erste Schritte zur Entschuldung unseres Landes gehen. Die
630 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will ein Verbot von Neuschulden im
631 Wahlkampfprogramm der CDU NRW festgeschrieben sehen.
- 632 • Auch auf Landesebene müssen verstärkt Modelle von Public-Private-Partnership (PPP)
633 geprüft und umgesetzt werden, um Synergien zur Entlastung des Haushaltes zu erreichen.
634 Mittelständischen Unternehmen ist der Zugang zu PPP-Projekten im Zweifel durch
635 entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zu erleichtern.

- 636
- Der Versuch der Umgehung der Beschränkung wirtschaftlich wettbewerbswidriger
- 637 Tätigkeiten von Unternehmen in Öffentlicher Hand durch eine zunehmende Zahl
- 638 sogenannter „Inhouse-Geschäfte“ muss unterbunden werden.
- Zur Verlässlichkeit einer öffentlichen Finanzpolitik gehört die Anwendung des
- 639 Konnexitätsprinzips, nachdem der Kostenverursacher die entstandenen Kosten trägt.
- 640
- 641

642 **V. NRW: Lust auf Erfolg!**

643

644 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist stolz auf die Leistungen der CDU-geführten

645 Landesregierung seit 2005. Wir wollen auch weiterhin diesen mittelstandsfreundlichen

646 Regierungsstil fortgesetzt sehen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-

647 Westfalen versteht sich als wichtige Stütze der CDU-geführten Landesregierung, die sich an den

648 ordnungspolitischen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

649 Nur mit der kontinuierlichen Fortsetzung der 2005 begonnenen Konsolidierungs- und

650 Modernisierungspolitik wird Nordrhein-Westfalen für alle Menschen in unserem Land gute

651 Perspektiven bieten. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung als Brücke zwischen Politik und

652 Wirtschaft wird daran mitwirken.

653

654 Für uns und den gesamten Mittelstand in NRW ist eine solche Politik nur mit einer bürgerlichen

655 Koalition denkbar.

656

657 Nur ein bürgerliches Bündnis, am besten eine deutliche Mehrheit für die Fortsetzung der schwarz-

658 gelben Regierungspolitik, ist in den kommenden sieben Jahren ein Erfolgsrezept für Nordrhein-

659 Westfalen. Darauf möchten wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW hinarbeiten.

660 Dafür machen wir konkrete Vorschläge.

661

662 Uns ist wichtig, dass NRW weiter gut regiert wird. Wir haben Lust auf Erfolg!